

O S T E R W E I T E R U N G D E R E U :
A U S W I R K U N G E N A U F D I E E U - 1 5
U N D I N S B E S O N D E R E A U F Ö S T E R R E I C H

Osterweiterung der EU: Auswirkungen auf die EU-15 und insbesondere auf Österreich

Ein Literaturüberblick zu ausgewählten Aspekten

Jarko Fidrmuc,
Gabriel Moser,
Wolfgang Pointner,
Doris
Ritzberger-Grünwald,
Paul Schmidt,
Martin Schneider,
Alexandra
Schober-Rhomberg,
Beat Weber

I Kurzfassung

Eine ökonomische Analyse der sich abzeichnenden Osterweiterung der Europäischen Union (EU) ist grundsätzlich aus zwei völlig unterschiedlichen Blickwinkeln durchführbar: Einerseits kann man die zentral- und osteuropäischen Länder (MOEL) betrachten, den Stand ihrer Vorbereitungen bzw. ihres Aufholprozesses. Andererseits können die möglichen Auswirkungen auf die bereits in der EU befindlichen Länder analysiert werden. Der gegenständliche Literaturüberblick widmet sich Letzterem, und zwar vorrangig makroökonomischen Aspekten. Er soll im Wesentlichen als Einstieg in die Materie dienen, ohne die Aussagen der Beiträge dieses Hefts vorwegzunehmen.

Die Reihe der im Literaturüberblick behandelten Aspekte beginnt mit der grundsätzlichen Frage nach den Wachstums- und Wohlfahrtseffekten der EU-Osterweiterung auf die derzeitigen EU-Mitgliedstaaten. Zahlreiche Untersuchungen kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die EU-Osterweiterung langfristig in Summe positive, jedoch in ihrem Ausmaß eher geringe Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum der EU-15 haben wird, wobei die meisten Modelle einen Zeitraum von etwa zehn Jahren abbilden. Dabei schwanken die Ergebnisse zwischen 0,0 und 0,8 Prozentpunkten, die Europäische Kommission (EK) erwartet kumulativ ein zusätzliches BIP-Wachstum von 0,5 bis 0,7 Prozentpunkten. Für Österreich fallen die makroökonomischen Effekte auf Grund der intensiveren wirtschaftlichen Verflechtung deutlich größer aus; die zahlreich vorhandenen Studien prognostizieren Wachstumseffekte zwischen $\frac{3}{4}$ und $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkten.

Auf Grund der bestehenden Freihandelszone zwischen der EU und den assoziierten Ländern kam ein Großteil der Handelseffekte schon zum Tragen und ist daher in den obigen Schätzungen nicht enthalten. Das heißt, bis auf einige spezielle Bereiche wie z. B. landwirtschaftliche Güter ist die Intensivierung der Handelsbeziehungen – beginnend mit der Ostöffnung Anfang der Neunzigerjahre – bereits erfolgt. Österreich hat auf Grund seiner Offenheit sowie seiner geografischen Lage davon besonders profitiert: Im Jahr 2000 kamen rund 11% der Importe aus zentral- und osteuropäischen Beitrittsländern, rund 13% der österreichischen Exporte gingen in diese Länder. Damit ist Österreich am stärksten von allen EU-Ländern mit diesem Raum verwoben.

Die finanziellen Auswirkungen der EU-Osterweiterung bilden einen weiteren Teil des Literaturüberblicks. Behandelt werden mögliche Effekte auf die Kapitalströme – wobei anzumerken ist, dass die Kapitalverkehrsliberalisierung bereits als weit gehend abgeschlossen gilt – wie auch die Auswirkungen der Deregulierung des Finanzsektors. Einerseits erhöht die Liberalisierung der Märkte das Risiko von Finanzkrisen, andererseits verbessern sich auch die Wachstumsmöglichkeiten. Insofern ist die Etablierung eines geeigneten institutionellen Umfelds notwendig, um die Vorteile der Deregulierung – sowohl in den derzeitigen EU-Ländern als auch in den Beitrittsländern – langfristig lukrieren zu können. Österreichische Hoffnungen auf die Entwicklung der Wiener Börse AG zu einer Drehscheibe osteuropäischer Titel haben sich bisher nicht erfüllt. Derzeit notieren nur wenige Titel an der NEWEX und der Umsatz ist gering. Vielmehr sind nationale Börsen wie z. B. in Budapest und Warschau bestrebt, einen Platz in der schon dicht besetzten europäischen Börsenlandschaft einzunehmen.

Die Auslandsinvestitionen wurden – ähnlich wie die Handelsbeziehungen – bereits in den Neunzigerjahren, wenn auch relativ einseitig, intensiviert. Während auf Grund der niedrigeren Lohnkosten und diverser anderer Standortvorteile zahlreiche Direktinvestitionen westeuropäischer Unternehmen in den MOEL getätigt wurden, sind jene in die Gegenrichtung noch immer rar.

Ein weiteres Kapitel des Literaturüberblicks widmet sich den möglichen Auswirkungen der Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt. Die in diesem Zusammenhang prognostizierten Zahlen spiegeln die große Unsicherheit in dieser Frage wider, denn die Bandbreite der diesbezüglichen Schätzungen ist außergewöhnlich hoch: Für die EU werden zwischen 41.000 und 680.000 Zuwanderer pro Jahr nach der Osterweiterung bzw. nach dem Auslaufen von Übergangsfristen zum freien Personenverkehr prognostiziert. Relativ gesichert ist, dass sich die Migrationsströme stark nach Ländern unterscheiden werden, und zwar je nach bestehenden Einkommensdifferenzialen, der Angespanntheit des Arbeitsmarktes und der geografischen Nähe. Demnach sind Deutschland und Österreich präferierte Zielländer zahlreicher Auswanderungswilliger, wobei für die grenznahen Regionen zusätzlich ein verstärktes Pendleraufkommen prognostiziert wird.

Neben den zu erwartenden Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt sind mit der Zuwanderung von meist jungen, hoch motivierten Arbeitskräften positive Auswirkungen sowohl auf das Wirtschaftswachstum als auch auf die Sozialversicherungssysteme der EU-Länder verbunden. Insofern hat man eine die unterschiedliche Betroffenheit berücksichtigende Lösung gesucht und sie in der im Jahr 2001 vereinbarten flexiblen Übergangsfrist von sieben Jahren gefunden. Diese Regelung soll jenen Ländern, die mit überdurchschnittlich hohen Zuwanderungsquoten rechnen, ein graduelles Vorgehen bzw. die rechtzeitige Implementierung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erlauben. Wie die Süderweiterung der EU allerdings gezeigt hat, wurde die damalige von Frankreich geforderte Beschränkung letztlich nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung werden nicht nur in den EU-Ländern, sondern insbesondere auch in den einzelnen Regionen unterschiedlich ausfallen. Diese zentrale Aussage eines weiteren Teils des Literaturüberblicks fußt auf den Erfahrungen, die man bislang im Zuge der Ostöffnung gemacht hat. Nicht nur die geografische Nähe bzw. das Vorhandensein einer gemeinsamen Grenze, auch unterschiedliche Regionstypen sind entscheidende Determinanten der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sehen sich periphere Regionen den schwierigsten Anpassungsprozessen gegenüber; es handelt sich allerdings häufig nur um eine Beschleunigung des notwendigen Strukturwandels. Insofern ist es nahe liegend, dass die regional unterschiedlichen Auswirkungen der Ostöffnung am Beispiel Österreichs bereits eingehend analysiert wurden: Während Großstädte von der Ostöffnung profitierten, haben ländliche Grenzgebiete ihren wesentlichen Standortvorteil – billige Arbeitskräfte für arbeitsintensive Branchen – verloren. Offen bleibt, ob die EU-Erweiterung zu einer Verstärkung oder einer Abschwächung der regionalen Disparitäten führen wird. Regional- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, nicht nur auf EU- sondern auch auf nationaler Ebene, erlangen in diesem Zusammenhang besonders große Bedeutung.

Die Finanzen der EU bzw. Österreichs bilden den letzten Schwerpunkt des Literaturüberblicks. Sie werden im Zuge der Osterweiterung neu zu ordnen sein, wobei insbesondere die Struktur- und Kohäsionsfonds entweder zusätzliches Geld benötigen oder die Mittel von den derzeitigen Empfängern, insbesondere den Kohäsionsländern Portugal, Spanien, Griechenland und Irland, zu den neu beitretenden MOEL umverteilt werden müssen. Letzteres ist nicht ganz abwegig, da in einigen dieser Länder (insbesondere Irland) der Aufholprozess bereits weit fortgeschritten ist.

Ein zentraler Punkt, nämlich die Einhaltung der Eigenmittelobergrenze, war lange Zeit umstritten. Je nach getroffenen Annahmen bezüglich des tatsächlichen Beitrittsdatums, des Tempos des Kohäsionsprozesses in der EU-15, der Anwendung der bestehenden Förderungsbestimmungen auf die neu beitretenden Mitgliedsländer und eventueller Übergangsregelungen kamen die einzelnen Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen. Zwischenzeitlich wurden die Erweiterungskosten für das EU-Budget auf Basis der Annahme eines Beitritts von zehn Staaten im Jahr 2004 von der EK neu quantifiziert. Mit Gesamtzahlungsverpflichtungen für den Zeitraum 2004 bis 2006 in Höhe von 40,16 Mrd EUR würden sich die Ausgaben des EU-Budgets im Jahr 2006 auf 1,08% des Bruttonettoprodukts (BSP) belaufen und daher klar unter der Eigenmittelobergrenze von 1,27% zu liegen kommen. Insgesamt, so die EK, werden 0,09 bis 0,14% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der erweiterten Union für Ausgaben für die neuen Mitgliedsländer aufgewendet werden.

Die nächste Finanzvorschau für die Jahre 2007 bis 2013 wird voraussichtlich erst nach der Erweiterung, und zwar unter finnischer Ratspräsidentschaft, endgültig ausverhandelt werden. Inwieweit eine grundlegende Reform des EU-Haushalts dann notwendig ist, hängt stark von den Verhandlungsergebnissen der aktuellen Erweiterungsrunde ab. Bereits heute zeichnen sich eine Restrukturierung der Agrarpolitik und eine Umverteilung der Gelder aus den Strukturfonds hin zu den neuen unterentwickelten Regionen ab.

Die Berechnungen der Auswirkungen auf den österreichischen Haushalt sind noch in einem sehr rudimentären Stadium. Gründe dafür sind die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über zahlreiche essenzielle Kapitel (unter anderem Landwirtschaft), aber auch z. B. die Unsicherheit über das künftige Ausmaß der entgangenen Tabaksteuereinnahmen. Erste Schätzungen kommen zu einem knapp positiven Nettoeffekt für das österreichische Budget. Legt man den aktuellen Ausgabenvorschlag der EK auf Österreich um, so würden die österreichischen Beitragszahlungen an die EU zwischen 2004 und 2006 um insgesamt 670 Mio EUR steigen.

Die Vorbereitungen für die Osterweiterung schreiten in diesen Tagen zügig voran, was sich nicht zuletzt in den Beitrittsverhandlungen zeigt: Der Großteil der Verhandlungskapitel wurde mit den meisten Kandidatenländern bereits vorläufig geschlossen. Damit rücken auch mögliche Implikationen auf die Institutionen der EU in den Mittelpunkt der Diskussion. Ziel der derzeitigen Arbeiten des Konvents über die Zukunft Europas ist, eine aus bis zu 27 Mitgliedsländern bestehende EU funktionsfähig zu erhalten bzw. die Strukturen der EU-Institutionen dementsprechend zu verändern (siehe dazu auch den Beitrag von Lindner und Olechowski-Hrdlicka über „Institutionelle Auswirkungen der EU-Erweiterung im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik“ in diesem Heft).

2 Wachstums- und Wohlfahrtseffekte der EU-Osterweiterung

Die westeuropäischen Länder erleben seit über 50 Jahren eine Periode des (im Durchschnitt) starken Wachstums, von dem angenommen wird, dass es insbesondere durch die Handelsliberalisierung (Frankel und Romer, 1999) begünstigt wurde. Diese westeuropäische Integration wurde in den Neunzigerjahren durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, den Beitritt von drei EFTA-Ländern zur EU und nicht zuletzt durch die Einführung einer gemeinsamen Währung verstärkt.

Crespo-Cuaresma, Dimitz und Ritzberger-Grünwald (2001; der Beitrag findet sich auch im vorliegenden Heft) zeigen, dass der formelle EU-Beitritt positive Effekte auf das Wachstum aller EU-Mitgliedstaaten hat. Die Wachstumseffekte sind aber nicht linear: Zum einen steigen die positiven Effekte der EU-Mitgliedschaft mit der Dauer der Integration, zum anderen profitieren die Länder mit einem niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen von der Integration relativ mehr als die „reichen“ Mitgliedstaaten.

Die höhere Effizienz der weit gehend liberalisierten Marktwirtschaften wird durch Vergleiche der westeuropäischen Länder mit den vormals planwirtschaftlichen zentral- und osteuropäischen Volkswirtschaften besonders deutlich. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die ostmitteleuropäischen Länder die Wirtschaftsreformen von Anfang an mit der (schrittweisen) Integration in die EU verbunden haben. Dementsprechend wurden nach den politischen Reformen die Assoziierungsabkommen (so genannte Europaabkommen) zwischen der EU und den zehn Beitrittsländern unterzeichnet.

Die Osterweiterung der EU wird folgende ökonomische Effekte (Fidrmuc und Nowotny, 2000, oder Kohler, 2000, für eine ausführliche Diskussion) auslösen:

- Die traditionellen Handelseffekte (Viner, 1950) können positiv (handelschaffende Effekte) oder negativ (Handelsumlenkung) sein. Die an Zentral- und Osteuropa angrenzenden Länder (vor allem Österreich, Deutschland, Schweden und Finnland) profitieren mehr als die übrigen EU-Staaten.
- Die Faktormigration hat unterschiedliche Effekte auf die Quellen- und Zielländer: Das Wachstum in den EU-Ländern wird durch die Einwanderung erhöht und durch die Auslagerung der Produktion (Direktinvestitionen in Ost- und Mitteleuropa) gesenkt.
- Die dynamischen Effekte (Kapitalakkumulation, verbesserter Zugriff auf neue Technologien, erhöhte Konkurrenz und Nutzung der steigenden Skalenerträge) stellen möglicherweise den Großteil der langfristigen Effekte der ökonomischen Integration (Baldwin, 1993, sowie Baldwin und Venables, 1995) dar. Sie haben asymmetrische Auswirkungen auf die heutige EU (relativ niedrig) und auf die beitretenden Länder (möglicherweise hoch).

Es wird allgemein erwartet, dass die Osterweiterung der EU keine signifikanten makroökonomischen Effekte auf die EU-15 haben wird (Tabelle 1). Allerdings können die Finanztransfers an die neuen Mitgliedstaaten das Budget der EU stark belasten und in der Folge die Beiträge der Nettozahler erhöhen und/oder die Transfers aus dem EU-Budget an heutige Nettoempfänger verringern. Außerdem können die kurzfristigen Anpassungskosten (neben dem

Außenhandel auch durch die Migration hervorgerufen) in einigen Wirtschaftsbereichen sehr hoch sein.

Ein beträchtlicher Teil der Anpassungskosten der EU-Osterweiterung in den Beitrittsländern entstand bereits vor dem EU-Beitritt, weil er durch die Übernahme des Acquis Communautaire verursacht wird (Inotai, 1999, sowie die Fortschrittsberichte der EK, 2001). Die EU wird bereits seit einiger Zeit mit den Allokationseffekten konfrontiert, die auf die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und den assoziierten Ländern durch die Umsetzung der Europaabkommen zurückzuführen sind.¹⁾

Aus der Vielfalt der zu erwartenden Effekte und den diversen, zur Anwendung gekommenen empirischen Methoden (vor allem makroökonomische Prognosemodelle und numerische allgemeine Gleichgewichtsmodelle – CGEM) wurden einige wenige ausgewählt. Die Tabelle 1 listet die verfügbaren Schätzungen der langfristigen²⁾ Effekte auf die EU und auf Österreich auf, wobei Migrationseffekte und kurzfristige Anpassungseffekte nicht berücksichtigt werden. Die hier präsentierten Studien treffen allerdings unterschiedliche Annahmen, vor allem über den budgetären Rahmen der EU-Osterweiterung und über das Ausmaß der dynamischen Effekte.

Insgesamt erwartet man geringe, aber positive langfristige Wachstumseffekte auf die EU. Kurzfristig kann die EU-Osterweiterung durchaus auch negative Effekte haben, vor allem in den Zielländern für die Migration und/oder in jenen Ländern, die mit höheren Budgetzahlungen an das EU-Budget oder mit niedrigeren Transfers aus dem EU-Budget konfrontiert werden. In den Beitrittsländern wird durch die Osterweiterung das Wachstum unterstützt, was allgemein als Export der Stabilität in die Nachbarregion bezeichnet wird.

Die erste Studie, die die Wirtschaftseffekte der EU-Osterweiterung untersuchte, stammte von Gasiorek, Smith und Venables (1994) und basierte auf früheren Arbeiten der Autoren über die Effekte des gemeinsamen Marktes (Smith und Venables, 1988; für eine Ex-post-Beurteilung von Allen, Gasiorek und Smith, 1998). Das numerische allgemeine Gleichgewichtsmodell besteht aus 13 Industriebranchen, die durch unvollständige Konkurrenz charakterisiert sind, aus dem Finanzsektor und dem Rest der Wirtschaft (numéraire). Im Modell wurden sieben EG-Regionen (das heißt noch ohne Österreich) individuell modelliert, die Beitrittsländer befanden sich gemeinsam mit den EFTA-Ländern und dem Rest der Welt in einem Gesamttaggregat. Die Osterweiterung der EU wurde nur durch die Erhöhung des Außenhandels auf Basis der Schätzungen von Hamilton und Winters (1992) simuliert. Das Modell berücksichtigt aber auch dynamische Effekte und die Reallokation des Kapitals (voll-

1 Das Kapitel 3 behandelt unter anderem die ökonomischen Effekte der Ostöffnung und der Osterweiterung im Vergleich.

2 Die langfristigen Effekte zeigen die kumulierte Differenz zwischen dem Basisszenario (keine EU-Osterweiterung) und – möglicherweise mehreren – Osterweiterungsszenarien. In den makroökonomischen Prognose- und Simulationsmodellen wird üblicherweise ein Zeithorizont von 10 Jahren (davon wird die Wirtschaftsentwicklung nach der EU-Osterweiterung in einem Zeitraum von etwa 5 bis 7 Jahren analysiert) als ausreichend angesehen. Die numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodelle analysieren die Unterschiede zwischen den entsprechenden Steady States (das heißt zwischen den langfristigen Wachstumspfaden) in beiden (oder mehreren) Szenarien.

ständige Kapitalmobilität), während der Faktor Arbeit auch innerhalb der EU nicht mobil ist. Die Betonung der dynamischen Effekte im Rahmen der unvollständigen Konkurrenz kann erklären, warum die Ergebnisse etwas höher (0,5 bis 0,8 Prozentpunkte des BIP) als in späteren Studien sind.

Baldwin, Francois und Portes (1997) entwickeln zwei Szenarien zu den Effekten einer EU-Erweiterung. Das erste, konservativere Erweiterungsszenario dieser Studie wird zurzeit als die wichtigste Referenz betreffend die möglichen Auswirkungen der EU-Osterweiterung anerkannt. Die Autoren simulieren die Effekte der Erweiterung durch sieben Länder (assoziierte Länder ohne Baltische Staaten) in einem CGEM, das aus sieben Regionen (MOEL-7, EU-15, EFTA-3, ehemalige UdSSR, NAFTA, Asien und Pazifik, Nordafrika und der mittlere Osten, Afrika und der Rest der Welt) und 13 Sektoren besteht. Der Hauptteil der Industrie ist durch steigende Skalenerträge und unvollständige Konkurrenz charakterisiert, während für den primären Sektor und die Textilindustrie konstante Skalenerträge und vollständige Konkurrenz angenommen werden.

Baldwin, Francois und Portes modellieren die Osterweiterung der EU vor allem als eine Senkung der bilateralen realen Handelskosten um 10%. Gleichzeitig übernehmen die neuen Mitgliedstaaten die externen Zölle der EU, wodurch sich auch geringe Effekte auf Drittländer ergeben. Darüber hinaus werden die Investitionen in den Beitrittsländern durch die Senkung der Risikoprämie und in einem alternativen Erweiterungsszenario durch erhöhte Kapitalnachfrage in diesen Ländern steigen. Die letzte Annahme hat aber keinen zusätzlichen Effekt auf die gegenwärtige EU (0,2%), obwohl die Effekte auf die Beitrittsländer im alternativen Erweiterungsszenario deutlich stärker (1,8 versus 1,5 Prozentpunkte) sind.

Die EK (2001) wählt für die Simulation der Osterweiterung eine gänzlich unterschiedliche Methode, nämlich das Solow'sche Wachstumsmodell. Aus diesem Ansatz können sich zwar interessante Einsichten für die Erklärung der Wachstumsbeiträge der einzelnen Produktionsfaktoren in den Transformationsländern ergeben, die gleichzeitige Anwendung dieses reinen Supply-Side-Modells auf die EU ist aber nicht üblich. Die Effekte der Osterweiterung folgen, im Unterschied zu früheren Studien, gänzlich aus den indirekten Effekten, das heißt durch die Allokation der Arbeit und des Kapitals, sowie durch die Faktorproduktivität. Dadurch sind die Teilergebnisse nicht unmittelbar mit anderen Studien vergleichbar, obwohl sich die Gesamtergebnisse von anderen Studien nicht deutlich unterscheiden. Für die EU erwartet die EK leichte, aber positive Effekte (0,5 bis 0,7%). Effekte in dieser Größenordnung werden auch von Kohler (2000) und Breuss (2001) gefunden, während Lejour, de Mooij und Nahuis (2001) sowie Neck, Haber und MacKibbin (2000) deutlich geringere Auswirkungen berechnen.

Für Österreich sind verhältnismäßig viele Studien über die ökonomischen Effekte der EU-Osterweiterung vorhanden. Dies ist vor allem auf die Bedeutung der Osterweiterung für die österreichische Wirtschaft, aber auch auf die Tradition der angewandten Wirtschaftsforschung und quantitativen Analysen in Österreich zurückzuführen. Darüber hinaus wurden bereits für die Beurteilung der ökonomischen Effekte des EU-Beitritts Österreichs (Breuss, 1992, sowie Keuschnigg und Kohler, 1996) entsprechende Methoden der

empirischen Forschung entwickelt, die auf diese relativ neue Fragestellung leicht angewendet werden konnten.

Breuss und Schebeck (1995 und 1998) simulieren die Osterweiterung der EU mithilfe des makroökonomischen Modells des WIFO für mittelfristige Prognosen. Breuss aktualisiert diese Modellrechnung und erweitert sie auf die gesamte EU mit dem Oxford Weltmodell (Oxford Economic Forecasting – OEF World Macroeconomic Model). Im Unterschied dazu stützen Keuschnigg und Kohler (1997 und 2000) ihre Simulationen der Osterweiterung auf ein dynamisches CGEM. Die Modellannahmen sind aber in allen Studien relativ ähnlich. Die Basis der Osterweiterung bildet eine Senkung der realen Handelskosten um 5 bis 10%. Zusätzlich berücksichtigen die Studien die budgetären Effekte der Osterweiterung auf Österreich. In den letzten verfügbaren Versionen der beiden Modellrechnungen wurde auch die Migration berücksichtigt, diese Teilergebnisse werden jedoch in der Tabelle 1 mangels Vergleichbarkeit mit anderen Studien nicht referiert.

Trotz unterschiedlicher Modellstruktur sind die Ergebnisse der Simulationen sehr ähnlich, was den gleichen Satz an Annahmen widerspiegelt. Die Effekte der Osterweiterung auf Österreich sind höher als im Durchschnitt der EU, sie bleiben aber mit $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkten eher gering.

Tabelle 1

**Langfristige Effekte der EU-Osterweiterung
 auf die EU und auf Österreich (kumulativ)**

	Methode	BIP-Wachstum	Quelle
EU-12	CGEM	0'5–0'8	Gasiorek, Smith und Venables (1994)
EU-15	CGEM	0'2	Baldwin, Francois und Portes (1997)
EU-15	CGEM	0'1	Kohler (2000)
EU-15	CGEM	0'0	Neck, Haber und McKibbin (2000)
EU-15	SGM	0'5–0'7	Europäische Kommission (2001)
EU-15	MEM	0'3	Breuss (2001)
EU-15	MEM	0'1	Lejour, de Mooij und Nahuis (2001)
Österreich	MEM	1'6 ^a –1'7 ^b	Breuss und Schebeck (1995)
Österreich	MEM	1'3 ^b	Breuss und Schebeck (1998)
Österreich	CGEM	1'4–1'5 ^c , 3'6–3'7 ^d	Keuschnigg und Kohler (1997)
Österreich	CGEM	1'1 ^a –1'3 ^b	Keuschnigg und Kohler (2000)
Österreich	MEM	0'7	Breuss (2001)

Quelle: OeNB.

Anmerkung: CGEM: Computable General Equilibrium Model, MEM: makroökonomisches Modell, SGM: Solow'sches Wachstumsmodell; a: Beitritt von 5 MOEL, b: Beitritt von 10 MOEL, c: Basisszenario unter unterschiedlichen Annahmen der EU-Budgetreform, d: optimistisches Szenario unter unterschiedlichen Annahmen der EU-Budgetreform.

Im Fall einer verzögerten Osterweiterung der EU würden diese Integrationsgewinne erst später eintreffen (Breuss, 2002, Schneider, 2002). Kurzfristig kann die Summierung der entgangenen Integrationsgewinne durchaus beträchtliche Größen erreichen. Laut einer Schätzung von Breuss (2001) belaufen sich allein die für die Exporteure wichtigen Handelseffekte (das heißt die Effekte einer Senkung der realen Handelskosten, unter anderem auf Grund der Abschaffung der Grenzwarzeiten) auf etwa 0'13 Prozentpunkte des österreichischen BIP pro Jahr. Obwohl diese Auswirkungen auf den ersten Blick als nicht beträchtlich erscheinen, macht Breuss (2002) darauf aufmerksam, dass sich die entgangenen Handelserleichterungen über sechs Jahre (entsprechend einer unterstellten Aufschiebung der Osterweiterung auf 2010) auf 0'8 Pro-

zentpunkte des österreichischen BIP aufsummieren würden. Dieses Ergebnis stützt die Erkenntnis, dass Österreich – verglichen mit anderen EU-Staaten – durch einen verzögerten Beitritt der zentral- und osteuropäischen Länder überproportional verlieren würde.

3 Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Handelsbeziehungen

Vor allem in Österreich und in einigen angrenzenden Ländern wird die Erwartung betreffend die Effekte der EU-Osterweiterung von den Auswirkungen der Ostöffnung zu Beginn der Neunzigerjahre geprägt. Bei diesen dominierten die Handelseffekte. Innerhalb der ersten fünf Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verdoppelte sich der Anteil der Importe der EU-15 aus den assoziierten Ländern (Grafik 1). Im Durchschnitt der EU-15 blieben die Importe aus den zentral- und osteuropäischen Ländern jedoch weiterhin gering (unter 3% im Jahr 1994). In Finnland, Österreich, Deutschland und Griechenland erreichten die Importe aus sowie die Exporte nach Zentral- und Osteuropa jedoch bereits Mitte der Neunzigerjahre eine beachtliche Höhe, wobei die Struktur der Importe aus den zentral- und osteuropäischen Ländern einen hohen Anteil an zumindest damals als sensibel eingestuften Gütern (z. B. landwirtschaftliche Produkte, Stahl, Textilprodukte und PKW)¹⁾ aufwies.

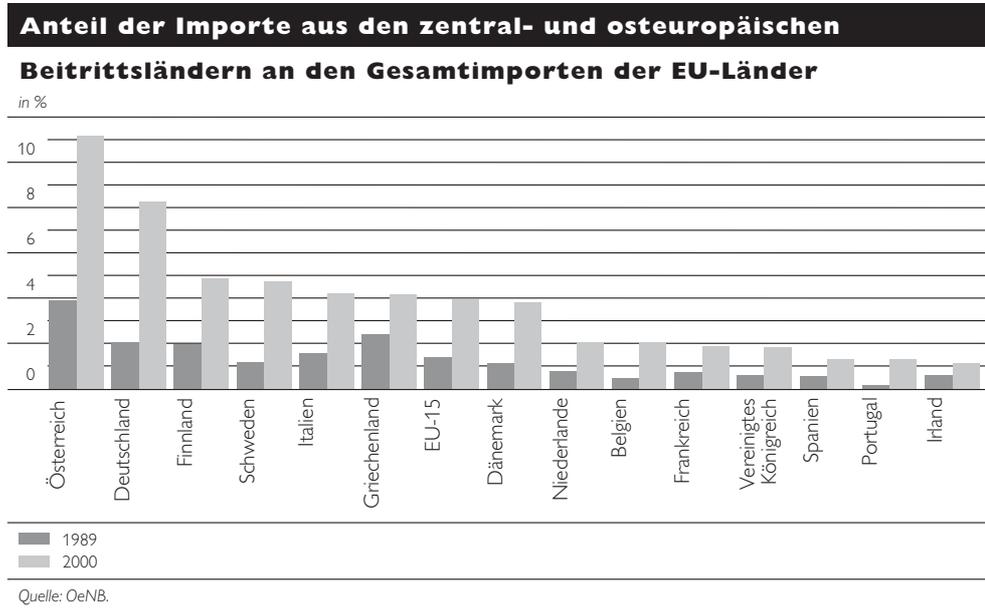
Österreich war durch die Ostöffnung wegen seiner Größe und Offenheit (Anteil des Außenhandels am BIP) sowie der geografischen Nähe zu den ostmitteleuropäischen Ländern besonders stark betroffen. Die positiven Effekte der neuen Exportmärkte waren deutlich stärker als die Strukturprobleme auf Grund des Importwachstums (Grafik 2). Breuss und Schebeck (1995) schätzen die makroökonomischen Effekte der Ostöffnung zwischen 1989 und 1994 auf insgesamt 2,4 Prozentpunkte des BIP. Ein Großteil dieser Auswirkungen (1,3 Prozentpunkte) war auf Handelseffekte zurückzuführen, weitere 0,9 Prozentpunkte auf die deutsche Wiedervereinigung und die erhöhte Einwanderung nach Österreich (nur teilweise aus Zentral- und Osteuropa).

Die Größenrelationen der einzelnen Teileffekte dürften bei der EU-Osterweiterung unterschiedlich sein. Seit 1997 hat die EU die Zölle auf Importe (mit Ausnahme der Landwirtschaft und ausgewählter sensibler Produkte) beseitigt. Die Osterweiterung wird dementsprechend nur eine relativ geringfügige Senkung der realen Handelskosten, die durch den Wegfall der Grenzkontrollen zu Stande kommt, bewirken. Laut Breuss (2001) bestehen zwar unterschiedliche Schätzungen dieser Einsparungen, diese bewegen sich jedoch nur zwischen 5% (z. B. Kohler, 2000) und 10% (Baldwin, Francois und Portes, 1997). Selbst die Übernahme der oberen Grenze dieser Schätzung führt laut Breuss (2001) nur zu geringen Handelseffekten, die kumuliert zwischen 2005 und 2010 etwa 0,05 Prozentpunkte des BIP für die EU-15²⁾ und 1/4 Prozentpunkt des BIP (den Höchstwert innerhalb der EU) für Österreich betragen.

1 Neven (1995) und Fidrmuc, Huber und Michalek (2001) diskutieren sensible Güter im Kontext der Europaabkommen. Grossmann und Helpman (1994) analysieren dieses Thema in einem theoretischen Rahmen.

2 Die Europäische Kommission (2001) schätzt die Handelseffekte der Osterweiterung auf 0,0 bis 0,1 Prozentpunkte.

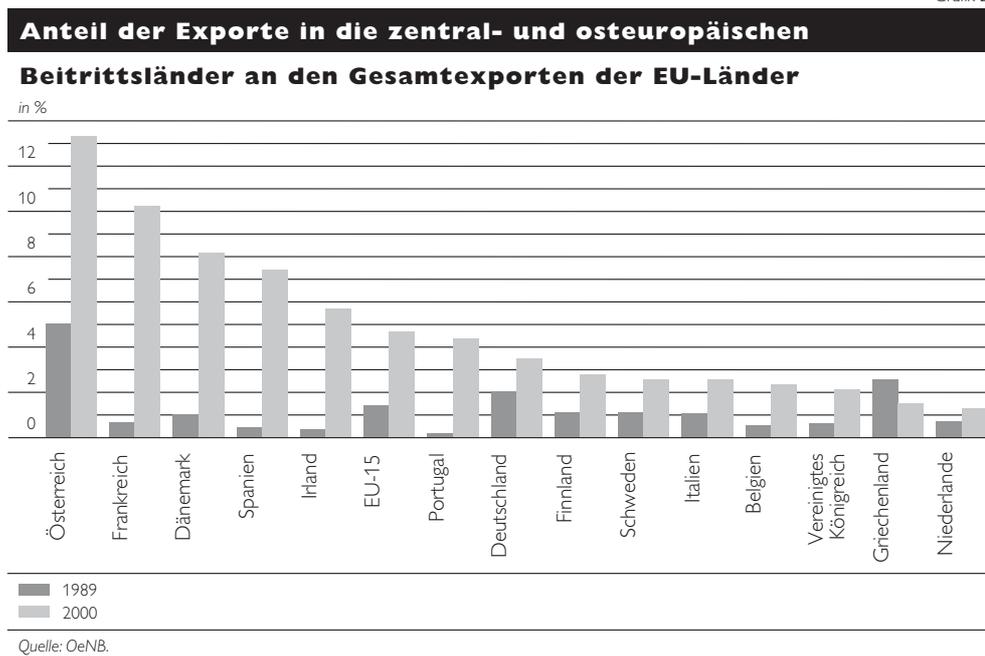
Grafik 1



Damit stellen die Handelseffekte nur einen Bruchteil der makroökonomischen Gesamteffekte der Osterweiterung der EU dar.

Die Wohlfahrtseffekte der weiteren Handelsliberalisierung werden dadurch begünstigt, dass sich die Handelsstruktur zwischen der EU und den assoziierten Ländern jener im Intra-EU-Handel weit gehend angepasst hat. Dies ist z. B. an den gestiegenen Anteilen des so genannten intraindustriellen Handels, das heißt des Handels zwischen gleichen Industriesektoren, zu sehen. Fidrmuc (2001) zeigt, dass sich die Anteile des intraindustriellen Handels im Osthandel der EU bereits vollständig – unter der Berücksichtigung der Landesgröße und der

Grafik 2



geografischen Lage – den Werten im gemeinsamen Markt angepasst haben. Dies deutet auf relativ niedrige künftige Anpassungskosten hin, obwohl die Qualitätsunterschiede der gehandelten Waren noch beachtlich bleiben (Aturupane, Djankov und Hoekman, 1999).

4 Kapitalverkehrsliberalisierung, finanzielle Deregulierung und Finanzmarktstabilität

Die Übernahme des Acquis Communautaire bei einem EU-Beitritt erfordert von den Kandidatenländern sowohl die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Finanzmärkte, als auch die Schaffung von Institutionen, die die Preisstabilität und die Finanzmarktstabilität sichern (Lannoo, 2001), wobei in bestimmten Bereichen Übergangsregelungen möglich sind. Die Entwicklung der Finanzsektoren der Kandidatenländer und der rechtlichen und institutionellen Umfeldler war in den vergangenen Jahren im Zuge der graduellen Umsetzung der Europaabkommen (erste Hälfte der Neunzigerjahre) von einer Annäherung an diese Ziele gekennzeichnet (Tison, 1999 sowie Ems, 2000)¹).

Aus der empirischen Literatur zur Beziehung zwischen finanzieller Deregulierung und Finanzmarktstabilität ist ein Trade-off herauszulesen; einerseits erhöht finanzielle Deregulierung die Wahrscheinlichkeit einer Finanzkrise, andererseits erhöht sich auch das Wirtschaftswachstum. Demirgüç-Kunt und Detragiache (1998) zeigen, dass einige Jahre nach einer Deregulierung oftmals eine Finanzkrise auftritt. Ein wesentlicher Faktor für das Auftreten einer Finanzkrise ist das institutionelle Umfeld, gemessen an Faktoren wie Korruption, Einbringlichkeit von Forderungen aus Verträgen und ineffizienter Bürokratie. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Verringerung der Gewinnmargen im Bankgeschäft durch den höheren Wettbewerb. Dagegen sind die positiven Wachstumseffekte eines höher entwickelten Finanzsektors zu stellen.²) Insgesamt kommen die Autoren zu dem Schluss, dass das institutionelle Umfeld, insbesondere die Finanzmarktaufsicht, verbessert werden muss, bevor zusätzliche Schritte in Richtung Liberalisierung unternommen werden. Nur dann überwiegen die positiven Effekte der Deregulierung.

Bezüglich der Wirkung des Abbaus von Kapitalverkehrskontrollen auf das Wirtschaftswachstum ist laut Edwards (2001) ebenfalls der Entwicklungsstand des Finanzsektors – gemessen am Verhältnis liquider Verbindlichkeiten des Bankensektors zum BIP – wesentlich. Bei einem niedrigen Entwicklungsstand sind die Auswirkungen des Abbaus von Kapitalverkehrskontrollen tendenziell negativ. Ähnliche Resultate finden sich in Klein und Olivei (1999).

Die positiven Auswirkungen der finanziellen Deregulierung und des Abbaus von Kapitalverkehrskontrollen für internationale Investoren werden von Schröder (2001) betont. So könnten durch die Hinzufügung von Aktien aus den Kandidatenländern in ein international diversifiziertes Portfolio theoretisch günstigere Ertrags/Risiko-Kombinationen (Sharpe Ratios) erzielt werden. In

1 Ein Überblick über den aktuellen Stand der Liberalisierung des Kapitalverkehrs ist in DG EcFin (2000) zu finden.

2 Die Wachstumseffekte von finanzieller Deregulierung werden im Literaturüberblick von Levine (1997) zusammengefasst.

den mit Kursdaten von 1994 bis 1998 durchgeführten Simulationen zeigt sich dieser Effekt allerdings nicht (siehe zu dieser Thematik auch den Beitrag von Ludwig und Schlagbauer über „Die Integration der osteuropäischen Länder – Auswirkungen auf die Aktien- und Rentenmärkte“ in diesem Heft).

Benoit, Schantl und Weyringer (2001) weisen auf einen spezifisch österreichischen Effekt der Finanzmarktliberalisierung der Kandidatenländer hin. So könnte die in Wien beheimatete NEWEX (New European Exchange) zu einem wichtigen Handelsplatz für zentral- und osteuropäische Aktien werden (siehe dazu auch Obersteiner, 1999). Bislang haben sich die diesbezüglichen Hoffnungen allerdings nicht realisiert. Folgende Gründe können dafür angeführt werden: Grundsätzlich gehen relativ wenige zentral- und osteuropäische Unternehmen an die Börse, insbesondere die Privatisierungsaktionen erfolgten vor allem über strategische Partner oder über so genannte Global Depository Receipts (GDR) an der Londoner Börse. Die wenigen, börsennotierenden zentral- und osteuropäischen Unternehmen ziehen oftmals die heimische Börse vor. Faktum ist, dass auf der NEWEX derzeit zwar einige osteuropäische Unternehmen gelistet sind, vor allem aber russische Titel gehandelt werden.

4.1 Investitionen von EU-Ländern in den Kandidatenländern

Die Möglichkeit zu Auslandsinvestitionen in den Kandidatenländern wurde in den Neunzigerjahren bereits ausgiebig in Anspruch genommen. So zeigt Buch (1999) anhand eines Vergleichs der Korrelation von Ersparnis und Investitionen in den Kandidatenländern und den Süderweiterungsländern, dass die bereits bestehende Integration der Kandidatenländer in die Weltfinanzmärkte mit jener der entwickelten OECD-Industrieländer vergleichbar ist. Lankes und Stern (1997) stellen einen positiven Zusammenhang zwischen Kapitalzuflüssen in einzelnen zentral- und osteuropäischen Ländern und deren Fortschritt im Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System und dem Grad der makroökonomischen Stabilisierung her. Garibaldi, Mora, Sahay und Zettelmeyer (1999) stellen fest, dass die Kandidatenländer bis 1997 etwa gleich hohe Kapitalzuflüsse verzeichneten wie Südostasien und Lateinamerika. Die Kapitalimporte der Kandidatenländer kamen zu etwa $\frac{2}{3}$ aus der EU, waren allerdings für die EU mit 0,15% des BIP quantitativ gering (DG EcFin, 2001).

Als ökonomische Begründung für Kapitalflüsse von West nach Ost wird regelmäßig die unterschiedliche Faktorausstattung der beiden Wirtschaftsräume genannt; da die Kapitalausstattung pro Arbeitskraft im Osten geringer als im Westen ist, erbringt eine zusätzlich im Osten investierte Kapitaleinheit einen höheren Grenzertrag als im Westen. Die Kapitalflüsse halten an, bis sich die Grenzertragsraten in beiden Wirtschaftsräumen angeglichen haben. Zur Konvergenz der Kapitalstöcke tritt die institutionelle Konvergenz der Kandidatenländer in politischer, administrativer und rechtlicher Hinsicht hinzu, die durch ein beitriffsinduziert stabileres institutionelles Umfeld die Risiken von Investitionen in den Kandidatenländern verringert (Eichengreen und Ghironi, 2001; Baldwin, Francois und Portes, 1997; Lankes, 1999).

Ein empirischer Beleg für eine zu erwartende gesteigerte Investitionstätigkeit der EU-Länder in den Kandidatenländern, die durch einen EU-Beitritt noch erhöht wird – sowohl in Form von Foreign Direct Investments (FDIs) als auch in Form von Portfolioinvestments und Bankkrediten – findet sich in Buch

und Piazzolo (2000). Anhand des bisherigen Verhaltens bei Auslandsinvestitionen wird gezeigt, dass die ausstehenden Forderungen von einzelnen EU-Ländern¹⁾ mit Ausnahme Österreichs gegen Kandidatenländer bei Bankkrediten²⁾ und Portfolioinvestitionen³⁾ zwischen 20 und 50% sowie bei FDIs⁴⁾ zwischen 41 und 76% des bei Fortsetzung des bisherigen Verhaltens zu erwartenden Niveaus liegen. Die korrespondierenden Werte für Österreich liegen bei 170, 100 und 990%. Die deutliche Untergewichtung der Kandidatenländer im Auslandsportefeuille der EU (mit Ausnahme Österreichs) und der quantitativ bedeutsame gemessene Beitrittseffekt lassen insgesamt auf hohe künftige Investitionsströme schließen. Für Österreich könnte dieser Prozess bereits abgeschlossen sein (siehe dazu auch den Beitrag von Dell'mour über „Österreichs Direktinvestitionen und die EU-Erweiterung“ in diesem Heft), allerdings lässt die Qualität des Modells insbesondere bei den Aussagen für FDIs und Portfolioinvestitionen Raum für weitere Forschungen. Ähnliche Aussagen über einen relativ geringen Bestand an FDIs der EU im Osten treffen Sinn und Weichenrieder (1997). Brenton und Di Mauro (1999) hingegen finden keine signifikante Unterinvestition im Bereich von FDIs. Ihre Prognose beruht auf einem Schätzmodell, das FDIs wesentlich durch das Ausmaß ökonomischer Freiheit im Empfängerland erklärt. Die Inklusion dieser Variablen dürfte dafür verantwortlich sein, dass sie keinen signifikanten EU-Effekt für FDIs finden. Insofern ist auch ihre Prognose fragwürdig, da sich der Grad der ökonomischen Freiheit durch den EU-Beitritt verändert, was dann wiederum zu Bestandsanpassungen bei FDIs führen würde.

Die makroökonomischen Auswirkungen von verstärkten Kapitalflüssen in die zentral- und osteuropäischen Beitrittsländer auf die EU konzentrieren sich im Wesentlichen auf vier Effekte:

- Zinseffekt: Die verstärkte Nachfrage nach Westersparnissen im Osten führt zu höheren kurz- und langfristigen Realzinsen im Westen. Der Zinseffekt wird von Breuss (2001) mit 5 Basispunkten bei den kurzfristigen und 20 Basispunkten bei den langfristigen Realzinsen über den Zeitraum 2003 bis 2010 beziffert, verursacht durch einen Kapitalexport von kumulativ etwa 30 Mrd EUR. Bartolini und Symanski (1995) errechnen bei einem jährlichen Transfer von 70 Mrd USD einen Zinseffekt von 50 Basispunkten. Neck und Schäfer (1996) kommen zu einem ähnlichen Resultat. Eine Begleiterscheinung der höheren Zinsen ist ein höherer realer Wechselkurs des Euro auf Grund der internationalen Zinsparität (DG EcFin, 2001; siehe dazu auch den Beitrag von Moser, Pointner und Backé zu „Wechselkursstrategien der Beitrittsländer auf dem Weg in die WWU: Auswirkungen auf den Euroraum“ in diesem Heft).
- Substitutionseffekt: Investitionen, die ohne den EU-Beitritt der MOEL im Westen getätigt würden, werden auf Grund der dort verbesserten Rahmenbedingungen und der niedrigeren Arbeitskosten im Osten getätigt.

1 Untersucht wurde das Investitionsverhalten Österreichs, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Niederlande.

2 Zahlen für 1999.

3 Zahlen für 1998.

4 Zahlen für 1997.

Altzinger (1998) weist darauf hin, dass dieser Effekt bislang auf Industriebetriebe beschränkt war, die hauptsächlich auf Grund der niedrigen Arbeitskosten ihre Produktion verlagerten. Allerdings betrifft dies bisher nur 10,5% der gesamten FDIs Österreichs in der Region. Breuss und Schebeck (1994) erwarten aus diesem Posten geringfügig negative Effekte für Österreich.

- Komplementäre FDIs: Durch FDIs im Osten steigen die Exporte Österreichs bzw. der EU, z. B. durch Intrafirmenhandel. Empirische Evidenz von Brenton und Di Mauro (1999) suggeriert, dass sich für die meisten europäischen Länder die positiven Effekte komplementärer FDIs und die negativen Effekte substitutiver FDIs aufheben, während für Österreich die komplementären, das heißt die positiven Effekte überwiegen.
- Einkommenseffekt: Durch die Investitionen im Osten entsteht eine positive Nettoauslandsvermögensposition der EU. Dies führt zu künftigen Zins- und Gewinneinkommen, falls sich die Investments positiv entwickeln (Keuschnigg und Kohler, 2000; Altzinger, 1998).

5 Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt

Durch die EU-Osterweiterung wird es zur verstärkten Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die EU, und zwar potenziell nach Deutschland und nach Österreich kommen. Diese Migration stellt die betroffenen Arbeitsmärkte vor neue Herausforderungen, die im Folgenden skizziert werden sollen. Nach einem Überblick über quantitative Schätzungen des zu erwartenden Zuwanderungsvolumens wird versucht, die sich daraus ergebenden Wirkungen auf die Beschäftigungssituation und die Einkommensentwicklung in Österreich zu umreißen. Im Anschluss werden noch einige arbeitsmarktpolitische Handlungsoptionen erörtert.

5.1 Migrationspotenzial

Auf Grund der bestehenden Unterschiede zwischen den Einkommenschancen in der EU und den Beitrittsländern ist in der Folge der Osterweiterung und der damit verbundenen Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt mit einer verstärkten Migration aus den MOEL zu rechnen. Österreich könnte nach Deutschland das Hauptziel dieser Migration sein, nicht zuletzt wegen der gemeinsamen Grenze zu diesen Staaten. Über die genaue Zahl der zu erwartenden Migranten liegen Schätzungen vor, die sich methodisch und in ihrer Aussage zum Teil stark unterscheiden. Einige dieser Studien versuchen mittels ökonomischer Modelle basierend auf Variablen wie Reallohndifferenzial oder Arbeitslosenquote die Zahl der zu erwartenden Migranten zu schätzen. Dabei wird Bezug genommen auf die Erkenntnisse von Barro und Sala-i-Martin (1995), wonach ein Unterschied im Pro-Kopf-Einkommen von 10% pro Jahr eine Abwanderung von 0,05 bis 0,15% der relativ ärmeren Bevölkerung verursacht. Walterskirchen und Dietz (1998) errechnen so einen Zustrom aus der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Slowenien, Ungarn und Polen von 42.000 Personen nach Österreich für 2005, unter der Voraussetzung, dass in diesem Jahr bereits die volle Freizügigkeit gewährt würde. Die Konvergenz der Durchschnittseinkommen sollte zu einem steten Abnehmen

der Migrantenzahl in den folgenden Jahren führen. Hofer (1998) schätzt das jährliche Migrationsaufkommen auf 23.000 bis 46.000 Personen. Hinsichtlich der Bedeutung der erklärenden Variablen unterstreichen Fassmann und Münz (1996) die Wichtigkeit der geografischen Nähe und des Einkommensdifferenzials. In einer Studie, die auf deutschen Daten über Migration aus 17 Ländern zwischen 1960 und 1994 basiert, kommt Fertig (2001) zu dem Schluss, dass die zu erwartenden Migrationsbewegungen nicht über das Ausmaß der Zuwanderung beim EU-Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands hinausgehen werden.

Brücker und Boeri (2000) haben ein Zeitreihenmodell für Deutschland geschätzt und die Ergebnisse auch auf Österreich umgelegt. In ihrem Szenario gehen sie vom gleichzeitigen EU-Beitritt der vorher genannten Länder, der baltischen Staaten, Rumäniens und Bulgariens bereits im Jahr 2002 aus. Für dieses Jahr kommen sie auf eine Zuwanderung in die EU von etwa 335.000 Personen. Diese Migranten verteilen sich nicht gleichmäßig über alle Mitgliedstaaten. Während für Deutschland mit 218.000 Personen und für Österreich mit 40.000 gerechnet wird, kommen Spanien, Belgien oder die Niederlande etwa auf 4.000 Migranten, und nur 79 Personen werden nach Irland auswandern. Insgesamt werden laut dieser Studie Österreich und Deutschland 77% der Migranten aus den genannten Ländern aufnehmen. Diese Studie wird – bei aller Unsicherheit – von vielen Experten als die aussagekräftigste angesehen.

Wie Huber (2001) bemerkt, sind alle diese Studien auf Grund des langen Prognosehorizonts von einer gravierenden Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einkommensentwicklung in den betrachteten Ländern geprägt. In einem ähnlichen Sinn argumentiert auch Straubhaar (2001), der vor allem darauf verweist, dass die Migrationsneigung durch eine so gravierende Änderung wie den EU-Beitritt einer großen Strukturinkonsistenz unterliegt.

Andere Untersuchungen basieren auf Befragungen in den MOEL über die Migrationsneigung der Bevölkerung nach dem EU-Beitritt. Fassmann und Hintermann (1997) finden in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik und Ungarn ein allgemeines Interesse an Migration bei etwa 20% der gesamten Bevölkerung. Konkrete Schritte wie Informationsbeschaffung über eventuelle Zielländer haben erst 8% unternommen. Die Anzahl jener Personen, die sich bereits um offizielle Einreise- und Beschäftigungsgenehmigungen in EU-Ländern bemüht haben, beträgt nach dieser Studie 700.000 oder 1% der Bevölkerung in den genannten Staaten. Von diesen potenziellen Migranten verfügen immerhin 12,2% über einen Universitätsabschluss und weitere 34,6% haben Matura. Auch in dieser Untersuchung scheinen wieder Österreich und Deutschland als die wichtigsten Zielländer auf. In einer auf Ungarn beschränkten Haushaltsbefragung hat Sik (1998) ebenfalls die Migrationsbereitschaft erhoben und kommt zu dem Ergebnis, dass diese sehr viel geringer ist als in anderen Studien angenommen und sich weitgehend auf die Bewohner der grenznahen Regionen beschränkt.

Neben den Zuwanderern spielen nach der Osterweiterung auch die Pendlerströme eine Rolle für den österreichischen Arbeitsmarkt. Huber (2001) sieht hier ein Potenzial von 85.000 Tagespendlern aus den angrenzenden MOEL nach Österreich, Walterskirchen und Dietz (1998) dagegen schätzen das Pendlerpotenzial auf 150.000 Personen. Im Gegensatz zu den Migranten, die

sich relativ gleichmäßig über Österreich verteilen, erhöhen die Pendler das Arbeitskräfteangebot vor allem in den östlichen Grenzregionen und in den Ballungsräumen von Wien, Graz und Linz.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass abhängig von der eingesetzten Methode, den betrachteten Beitrittsländern und dem gewählten Zeithorizont sehr unterschiedliche Schätzungen für das Migrationspotenzial ausgewiesen werden. In einem Vergleich von 24 aktuellen Studien findet Huber (2001) für die EU eine Bandbreite von 41.000 bis 680.000 Zuwanderern pro Jahr nach der Osterweiterung. Die Kluft zwischen diesen beiden Werten zeigt, wie stark sich die angesprochenen Unterschiede auswirken. Während im ersten Fall die Berechnungen mittels Migrationsindizes durchgeführt werden, beruhen die höheren Werte auf einem Gravitätsmodell im Sinn von Barro und Sala-i-Martin.

5.2 Auswirkungen der Migration auf den österreichischen Arbeitsmarkt

Die Effekte der Migration werden sich für verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern unterschiedlich bemerkbar machen. Es hängt dabei nicht nur von der Alters- und Qualifikationsstruktur der Zuwanderer ab, zu welchen inländischen Arbeitskräften sie in Konkurrenz treten. Obwohl die potenziellen Migranten zum Teil hohe Ausbildungsabschlüsse vorweisen können, werden die meisten von ihnen in unterdurchschnittlich entlohnten Berufsfeldern Beschäftigung finden. Fassmann und Hintermann (1997) sprechen in diesem Zusammenhang auch von antizipierter Dequalifikation, das heißt, gut ausgebildete Migranten gehen davon aus, dass sie in ihrem Zielland keinen ihrer Qualifikation adäquaten Arbeitsplatz finden werden und passen ihr Suchverhalten entsprechend an. Neben der Struktur des Arbeitsmarktes spielt auch die Zahl der zu erwartenden Migranten eine große Rolle für den Anpassungsprozess. Es wurde bereits erwähnt, dass sich diesbezüglich gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ergeben werden. Im Folgenden sollen die wahrscheinlichen Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt skizziert werden. Je nach der Zahl der zu erwartenden Migranten und der strukturellen Beschaffenheit des nationalen Arbeitsmarktes können diese Ergebnisse aber auch auf andere Länder übertragen werden.

Aufbauend auf den Erfahrungen der Ostöffnung schätzen Winter-Ebmer und Zweimüller (1996) die Wirkungen von Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt in Österreich. Sie kommen zum Ergebnis, dass eine Steigerung der effektiven Zuwanderung um 1% die Arbeitslosigkeit unter männlichen Arbeitern um 0,15% erhöht. Bei Frauen und Angestellten konnte kein signifikanter Einfluss der Migration auf das Beschäftigungsniveau festgestellt werden. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Effekten auf das Lohnniveau. Die Löhne von niedrig qualifizierten Arbeitskräften sinken bei verstärkter Zuwanderung, höher qualifizierte können sogar mit Einkommenszuwächsen rechnen. Besonders betroffen sind hier vor allem junge Arbeiter und Beschäftigte in Saisonbranchen.

Huber und Hofer (2001) berechnen in einem Simulationsmodell die Auswirkungen einer Zuwanderung von 35.000 Personen pro Jahr. Ihre Ergebnisse hinsichtlich der Qualifikation sind ähnlich, das höher qualifizierte Segment des Arbeitsmarktes profitiert von der Zuwanderung, da es sich im Produktionsprozess komplementär zu dem geringer qualifizierten zusätzlichen

Arbeitsangebot der Migranten verhält. Für weniger qualifizierte Arbeitnehmer sind die Effekte eher negativ, sowohl hinsichtlich des Arbeitslosigkeitsrisikos als auch beim Einkommensniveau. Untersucht wurden auch die Effekte der Migration auf die Lohnentwicklung (siehe dazu auch den Beitrag von Hofer und Huber zu den „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Lohngefüge in Westeuropa mit besonderer Berücksichtigung Österreichs“ in diesem Heft). Bei einer jährlichen Zuwanderung im angeführten Ausmaß verringert sich das Lohnwachstum von männlichen Arbeitern um 0,3 Prozentpunkte und das von sektoral immobilen Frauen um 0,5 Prozentpunkte. Es ist also zu erwarten, dass durch die Migration in der Folge der EU-Osterweiterung die Einkommensschere auf dem österreichischen Arbeitsmarkt noch weiter aufgeht.¹⁾ Am deutlichsten wird sich die Zuwanderung allerdings für die bereits in Österreich ansässigen ausländischen Arbeitskräfte bemerkbar machen. Durch die starke Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes verfügen Ausländer unabhängig von ihrem Herkunftsland und ihrer bisherigen Aufenthaltsdauer nur über gering entwickelte Aufstiegschancen oder sektorale Mobilität. Die zusätzlichen Migranten aus den Beitrittsländern erhöhen daher den Konkurrenzdruck in diesen Bereichen.

Die Ausweitung des Arbeitsangebots durch Zuwanderer wird laut Huber und Hofer (2001) vor allem zu zwei Anpassungen führen, nämlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Verringerung der Erwerbsquote. Bei ersterer kommt es wieder auf die Qualifikationsstruktur der Migranten an; je besser diese dem Anforderungsprofil des österreichischen Arbeitsmarktes entspricht, umso eher kann zusätzliche Beschäftigung generiert werden. Um ein möglichst effizientes Matching von Angebot und Nachfrage zu gewährleisten, sind grenzübergreifende Instrumente zur Arbeitsplatzvermittlung gefragt. Die Verringerung der Erwerbsquote ergibt sich aus der Verdrängung weiblicher und älterer Arbeitskräfte, die im internationalen Vergleich auch jetzt schon unterrepräsentiert sind.

5.3 Mögliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Zu den am häufigsten genannten Maßnahmen, mithilfe derer die Osterweiterung für den Arbeitsmarkt möglichst friktionsfrei gestaltet werden soll, zählen Übergangsregelungen für die Mobilität von Arbeitskräften, um die bestehende Unsicherheit bezüglich des Migrationspotenzials auszugleichen. Dabei sollte aber bedacht werden, dass das Arbeitskräfteangebot in Österreich aus demografischen Gründen ab 2012 zurückgehen wird (siehe dazu Biffi, Hanika, 1998) und verstärkte Zuwanderung aus den MOEL in dieser Situation dazu beitragen kann, eine nachhaltige Wohlstandsentwicklung zu sichern.

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich im Mai 2001 bei der Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt auf flexible Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren geeinigt. Innerhalb dieser Frist soll es den Staaten freistehen, den Zustrom von Arbeitskräften aus den Beitrittsländern zu limitieren. Mitgliedstaaten, die durch Zuwanderung keine Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt erwarten, können auf diese Regelung verzichten. Die Beitrittswerber haben diese Übergangs-

1 Keuschnigg und Kohler (2001) kommen in einer Simulationsstudie über die Effekte der Osterweiterung auf Österreich zu ähnlichen Ergebnissen.

regeln in den Verhandlungen grundsätzlich akzeptiert. Für die Effektivität dieser Regelung ist die Frage wichtig, welche zusätzlichen Maßnahmen in der Frist gesetzt werden, um den Anpassungsprozess auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Diskutiert wird ein Ausbau der bereits existierenden selektiven Zuwanderung, also die Regelung des Zuzugs von Migranten mit besonderen Qualifikationen gemäß den Bedürfnissen des österreichischen Arbeitsmarktes. Damit kann zwar kurzfristig der Verdrängungswettbewerb in bestimmten Segmenten verhindert werden, eine höhere Absorptionsfähigkeit des österreichischen Arbeitsmarktes lässt sich auf diese Weise aber nicht erreichen. Hier könnte vielmehr die aktive Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Rolle spielen. Dazu zählen vor allem Qualifizierungsmaßnahmen für besonders betroffene Gruppen wie bereits ansässige Ausländer und niedrig Qualifizierte. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, die horizontale und vertikale Mobilität dieser Personen auf dem Arbeitsmarkt zu stärken und können daher einem Anstieg der Arbeitslosigkeit oder einer Verringerung der Erwerbsquote infolge der Migration entgegenwirken.

6 Regionale Effekte der EU-Osterweiterung

Die Osterweiterung der EU bietet für die europäischen Regionen eine Fülle von neuen Chancen, bedeutet aber auch in manchen Fällen einen vorübergehenden Anpassungsdruck. Die Regionen sind dabei in sehr unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Die am stärksten betroffenen Länder sind jene mit einer gemeinsamen Grenze zu den Beitrittsländern (Österreich, Deutschland, Italien).¹⁾ Die Fragen, die auf regionaler Ebene von Interesse sind, betreffen vor allem die Konvergenz zwischen den europäischen Regionen, die Situation verschiedener Regionstypen (vor allem der Regionen an der bisherigen EU-Außengrenze), sich ergebende neue räumliche Spezialisierungsmuster, regionale Wettbewerbsfähigkeit sowie die verschiedenen Kanäle, durch die die Effekte übertragen werden.

6.1 Effekte auf die europäischen Regionen

Es existieren derzeit nur wenige aktuelle Studien über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Regionen der derzeitigen EU-Mitgliedsländer (siehe z. B. Alecke und Untiedt, 2001; DIW und EPRC, 2001; Stadt Wien, 2001). Allerdings existiert eine Reihe von Fallstudien für Einzelregionen sowie von sektoralen Studien mit regionalen Implikationen (z. B. RWI und EPRC, 2000). Untersuchungen zur Konvergenz existieren sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene (z. B. Tondl, 1999). Sie beziehen allerdings nur teilweise die EU-Osterweiterung mit ein. Außerdem sind ihre Ergebnisse nicht eindeutig. So konzentriert sich die aktuellste von der EK in Auftrag gegebene Studie über Kohäsion in der EU (DIW und EPRC, 2001) auf die mögliche Entwicklung der nationalen Disparitäten zwischen der EU und den Beitrittsländern sowie auf die regionalen Disparitäten unter den Beitrittsländern, nicht jedoch auf die regionalen Disparitäten innerhalb der derzeitigen EU. Nach

1 Griechenland hat eine Landgrenze zu Albanien. Allerdings ist derzeit nicht mit einem Beitritt Albanien zu rechnen.

Huber (1998) führt eine Erweiterung zu einer Verstärkung der regionalen Disparitäten anstatt zu einer Abschwächung.

Die verschiedenen Regionstypen werden durch die Erweiterung unterschiedlich betroffen sein: Periphere Regionen sehen sich den schwierigsten Anpassungsprozessen gegenüber. Vor allem bedingt durch Strukturschwächen werden sich kurzfristig Anpassungsprobleme ergeben. Allerdings stellen die sich für die Grenzregionen ergebenden Strukturveränderungen nur eine Beschleunigung des notwendigen Strukturwandels dar und sind damit von begrenzter Dauer. Langfristig sollten sich durch den Zugewinn an Zentralität und durch die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung Chancen ergeben. Bei den altindustrialisierten und den landwirtschaftlich dominierten Regionen können sowohl Gewinner als auch Verlierer identifiziert werden. Die EU-Regionalfonds haben die Lage dieser Regionen bisher verbessert. Durch eine steigende funktionale Spezialisierung werden die städtischen Agglomerationen zu den Gewinnern der EU-Osterweiterung gehören.

Im Zuge der Osterweiterung werden sich auch neue räumliche Spezialisierungsmuster ergeben. Durch das Entstehen von neuen regionalen Wachstumszentren soll der ökonomische Schwerpunkt Europas (die berühmte „Blaue Banane“, die die Metropolen London, Paris, Hamburg, München und Mailand umfasst) nach Osten wandern.

Die regionale Wettbewerbsfähigkeit spielt neben den veränderten Erreichbarkeitsverhältnissen eine Schlüsselrolle für die zukünftige Entwicklung der europäischen Regionen (Europäische Kommission, 1999). Alecke und Untiedt (2001) untersuchten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Grenzregionen im Hinblick auf die Erweiterung. Die Ergebnisse zeigen, dass die Grenzregionen in Ostdeutschland und Bayern im Allgemeinen keine vorteilhafte Wirtschaftsstruktur aufweisen. Die sektoral bedingten Anpassungsprobleme werden sich durch die Erweiterung daher eher verschärfen. Für manche Regionen wird sich das regionale Nachfragepotenzial ausweiten. Diese Regionen werden eher profitieren.

Die wesentlichen Kanäle, durch die die Regionen betroffen sind, sind Handelsströme, Direktinvestitionen, grenzüberschreitende Kaufkraftströme, Pendel- und Migrationsbewegungen. Ein wichtiger Impuls geht weiters von den durch die Erweiterung erforderlich werdenden Reformen der Regional- und Landwirtschaftspolitik aus. Die derzeitigen Empfängerregionen von Strukturfondsmitteln werden dadurch negativ betroffen sein; die genauen räumlichen Effekte sind allerdings derzeit noch nicht absehbar.

6.2 Effekte auf die österreichischen Regionen

Die Effekte der EU-Osterweiterung auf die österreichischen Regionen wurden in den letzten Jahren von Palme (1998), ÖIR (1999), Mayerhofer (1999) und WIFO (1999) untersucht. Die neuesten Ergebnisse wurden im Rahmen des 2001 fertig gestellten Projekts *Preparity* (Stadt Wien, 2001) erzielt. Die Effekte variieren stark nach Regionstypen. Dabei wird zwischen Großstädten, Verdichtungsregionen (Zentralräume und Umlandregionen), ländlichen Grenzgebieten und anderen Regionen unterschieden. Großstädte wie Wien, Linz oder Graz haben bisher am meisten von der Ostöffnung profitiert. Sie werden

auch in der Anfangsphase der Osterweiterung am stärksten profitieren. Diese Vorteile werden mit der Zeit jedoch schwinden. Die Großstädte werden außerdem auf Grund der Liberalisierung der Dienstleistungen und der zu erwartenden Konzentration der Arbeitsmarkteffekte durch Migration zunehmend unter Druck geraten. Die ländlichen Grenzgebiete haben bereits im Rahmen der Ostöffnung ihren wesentlichsten Standortvorteil – billige Arbeitskräfte für arbeitsintensive Branchen – verloren. Vor allem in der Textilindustrie gab es eine Reihe von Produktionsstilllegungen. Der Einzelhandel sowie Teile des Gewerbes, bei dem die Nachfrager den Anbieter aufsuchen, stehen schon jetzt in einem hohen Verdrängungswettbewerb. Die Teile des Gewerbes, die am Ort der Nachfrage erbracht werden (wie z. B. das Baugewerbe), werden nach einem EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer unter massiven Druck geraten. Die regionalen Arbeitsmärkte in den Grenzräumen werden vor allem in den ersten Jahren durch Pendlerströme belastet; Migration wird in den Grenzräumen hingegen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Allerdings wird dieser Druck im Zeitablauf schwächer, da auf Grund des Aufholprozesses der östlichen Nachbarländer das Lohndifferenzial schrumpft und die regionalen Arbeitsmärkte nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit haben. Die Verdichtungsregionen sind vor allem in den mittleren Integrationsphasen begünstigt, wenn durch den erweiterten Binnenmarkt steigende Skalenerträge sowie die Möglichkeiten der vertikalen Arbeitsteilung genutzt werden können. Das Gefährdungspotenzial in der Sachgüterproduktion ist zwar etwas höher als in den Großstädten, aber deutlich niedriger als in den ländlichen Grenzregionen. Darüber hinaus spielt die geografische Lage eine wichtige Rolle: Im Osten und im Süden sind die Auswirkungen höher als in den westlichen Bundesländern. Effekte auf die Siedlungsstruktur in Österreich sind nicht zu erwarten. Die wesentlichste Herausforderung in der Zukunft stellt sich daher nicht in Form einer Änderung der regionalen Standortstrukturen durch die EU-Osterweiterung, sondern in der Aufgabe, die vor allem in den Ballungsräumen vorhandenen, hochrangigen Standorte optimal zu nutzen und die sonstigen Standorte an den Entwicklungsprozess in den Agglomerationen anzukoppeln.

Nach Ansicht der Autoren des Projekts *Preparity* sind keine defensiven regionalpolitischen Maßnahmen erforderlich. Vielmehr sollte die Osterweiterung aus Sicht der Regionen durch offensive regional- und wirtschaftspolitische Maßnahmen ergänzt werden, die auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Dazu gehören spezifische Förderpolitiken (vor allem für ländliche Grenzregionen, aber auch für Großstädte), die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, eine stärkere Vernetzung der einzelnen Standorte, grenzüberschreitende Kooperationen, der Ausbau der Infrastruktur und die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Regionalentwicklung.

Darüber hinaus existieren für Österreich zahlreiche Studien über einzelne Sektoren oder Bundesländer (z. B. Mayerhofer, 1996; Huber, 1998; Mayerhofer, Geldner, Palme und Schneider, 1998; Institut für Gewerbe- und Handwerksforschung 1998a, 1998b; Nürnberger, Pflanzelt und Richter, 2000), deren Ergebnisse hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können.

7 Auswirkungen der Erweiterung auf den EU-Haushalt und das österreichische Budget

Die Erweiterung der EU steht im Spannungsfeld konkurrierender Ansprüche an den EU-Haushalt. Dem Wunsch der heutigen Mitgliedstaaten nach umfangreichen Zuflüssen aus dem EU-Budget sind zwei Schranken gesetzt. Erstens ist die Tätigkeit der europäischen Ebene durch das Subsidiaritätsprinzip inhaltlich begrenzt (Art. 5 EG-V). Zweitens stößt die Finanzierung denkbarer Ausgabenprogramme an Grenzen. In der EU ist es geltende Beschlusslage bis 2006, den EU-Haushalt nicht über 1,27% des EU-BSP hinaus anwachsen zu lassen. Die EU-Erweiterung wird jedenfalls zu einer Verschiebung von Zahlungsansprüchen und Nettolasten sowohl innerhalb der EU-15 als auch zwischen allen neuen EU-Mitgliedstaaten führen. Eine exakte Quantifizierung wird sich für die laufende Finanzierungsperiode bis 2006 erst nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen zum EU-Budget vornehmen lassen.

7.1 Gesamtkosten

Unter der Annahme eines Beitritts von zehn Staaten im Jahr 2004 (und einer schrittweisen Einführung der direkten Einkommensbeihilfen für die Landwirte der neuen Mitgliedstaaten) rechnet die Europäische Kommission (2002) mit Gesamtzahlungsverpflichtungen für den Zeitraum 2004 bis 2006 in Höhe von 40,16 Mrd EUR. Die Ausgaben des EU-Budgets würden sich im Jahr 2006 auf 1,08% des BIP belaufen und daher klar unter der Eigenmittelobergrenze von 1,27% liegen. Insgesamt, so die EK, werden 0,09 bis 0,14% des BIP der erweiterten Union für Ausgaben für die neuen Mitgliedstaaten aufgewendet werden.¹⁾

Betreffend Strukturförderung schlägt die Europäische Kommission (2002) vor, die Kohäsionsgelder für die neuen Mitgliedstaaten auf ein Drittel der gesamten Strukturausgaben zu erhöhen. Die strukturpolitische Unterstützung der neuen Mitgliedstaaten würde dadurch im Jahr 2006 10,4 Mrd EUR (EU-25: 31,2 Mrd EUR) betragen.

Banse und Bode et al. (DIW-Studie, 2001), die vor allem Kostenszenarien der Finanzierungsperiode 2007 bis 2013 analysieren, kommen zu dem Ergebnis, dass die heute geltende Eigenmittelobergrenze die Kosten der EU-Erweiterung um 12 Kandidaten abdeckt. Bei entschiedenen Reformen von Agrar- und Strukturpolitiken würden die operativen Ausgaben der EU (Agrar-, Struktur- und interne Politiken) im Jahr 2013 auf 0,57% des BIP der EU-27 fallen. Selbst bei einem Ausbleiben von Reformen, so die DIW-Studie, würden die operativen Ausgaben in einer EU-27 etwa 10 Mrd EUR unter dem Mittelansatz für 2006 liegen (EU-27 im Jahr 2013 ohne Reformen: 0,78% des BIP der EU-27).

Apholte und Bulthaup et al. (Dresdner Bank, 2001) halten, im Gegensatz zur DIW-Studie, in ihrer Analyse eine grundlegende Reform des jetzigen

¹ Die Agenda 2000 (1999) hatte noch mit Gesamtzahlungsverpflichtungen von 42,59 Mrd EUR gerechnet und ging von einem Beitritt von sechs Ländern im Jahr 2002 aus.

Systems der Agrar- und Strukturförderung auf Grund der geringen Verhandlungsbereitschaft der bisherigen Nettotransferempfängerstaaten für unwahrscheinlich. Bei einer Beibehaltung des bestehenden Systems und einem Beitritt von zehn Staaten im Jahr 2005, würden sich die Zusatzkosten der Erweiterung im Jahr 2005 auf 44 Mrd EUR belaufen. Das würde die Eigenmittelobergrenze der EU sprengen. Sie würde auf 1,4% des BIP ansteigen.

Die Ergebnisse der DIW-Studie und der Studie der Dresdner Bank klaffen stark auseinander, da die Dresdner Bank von der Annahme ausgeht, dass im Bereich der Strukturpolitik alle 46 förderbedürftigen Regionen der EU-15 weiter gefördert bzw. großzügige Übergangsleistungen erhalten werden. Die DIW-Studie jedoch errechnet, dass die Mehrzahl der Regionen der EU-15 aus ihrem Empfängerstatus auch ohne Reform herauswachsen wird. Außerdem werden die Kosten von Verwaltungsausgaben, externen Politikbereichen und Vorbeitrittsinstrumenten in die Berechnungen des DIW im Unterschied zur Studie der Dresdner Bank nicht miteinbezogen.

Nach Einschätzung der Einsparungswirkungen der Beschlüsse auf dem Berliner Gipfel (Agenda 2000) betreffend Agrar- und Strukturreform kommen Ferrer und Emerson (2000) zum Schluss, dass die Erweiterungskosten rund 30 Mrd EUR betragen könnten.

Mit dem von Baldwin, Francois und Portes entwickelten „Machtpolitik-Modell“ schätzt Kohler (1999) die Erweiterungskosten auf (je nach Variante) 0,111% des EU-BIP bzw. 0,211% über sechs Jahre. Mit dem ökonometrischen Modell der EU-Agrar- und Strukturfonds von Breuss und Schebek kommt Kohler für denselben Zeitraum auf 0,184% des EU-BIP.

Allerdings muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Anfang 2002 gemachten Vorschläge der EK zur Finanzierung der Erweiterung eine Reihe der Annahmen der vorher dargestellten Studien obsolet machen. Trotzdem sind die in ihnen angestellten Überlegungen interessant, da sie die große Unsicherheit über die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen betreffend die EU-Erweiterung widerspiegeln, die lange Zeit die Diskussion beherrscht hat. Nachdem die Zukunft der Agrarförderung, insbesondere die Frage der Direktzahlungen in der Landwirtschaft, derzeit noch offen ist und dieses Thema immer wieder als besonders problematischer Bereich der EU-Erweiterung genannt wird, sollen die in den diversen Studien dazu erfolgten Überlegungen im Folgenden etwas ausführlicher dargestellt werden.

7.2 Agrarförderung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in ihrer derzeitigen Form auf die Beitrittsländer zu übertragen, brächte laut Wirkungsanalyse der Agenda 2000 (Band II; 2001) Probleme mit sich. In Anbetracht des Preisgefälles zwischen den Beitrittsländern und den im Allgemeinen beträchtlich höheren GAP-Preisen würde selbst eine schrittweise Einführung der GAP eine leichte Überschussproduktion hervorrufen, sodass zu den zu erwartenden Überschüssen noch weitere hinzukämen. Eine Übertragung der GAP würde eine Belastung des EU-Budgets im Ausmaß von rund 11 Mrd EUR pro Jahr, davon annähernd zwei Drittel für Direktzahlungen an Landwirte, bedeuten. Hätten die Mitgliedstaaten allerdings – zumindest während einer gewissen Zeit nach dem Beitritt – keinen Anspruch auf Direktzahlungen, so dürfte die Agrar-

leitlinie¹⁾ ausreichen, um erweiterungsbedingte Zusatzkosten zu finanzieren, sofern auch die geplanten Reformen der GAP berücksichtigt werden.

Was Direktzahlungen nach 2006 betrifft, so wäre der volle Leistungsumfang der Struktur- und Kohäsionsfonds in der Landwirtschaft nur bei Ungleichbehandlung der Mitgliedstaaten durchzuhalten, was jedoch rechtlich bedenklich erscheint. Daher geht auch von dieser Seite ein beträchtlicher Reformdruck auf die Landwirtschaftspolitik in der EU aus (siehe auch DIW-Studie, 2001).

Die Europäische Kommission (2002) schlägt vor, GAP-Direktzahlungen an die zukünftigen Mitgliedstaaten stufenweise einzuführen (Staffelung 25/20/35% bis 2006 und 100% im Jahr 2013). Laut EK ist 2006 mit zusätzlichen Kosten für die Landwirtschaft von 3,9 Mrd EUR (EU-25: 45,6 Mrd EUR) zu rechnen.

Die zusätzlichen Kosten der EU-Erweiterung für die Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL-Garantie)²⁾ belaufen sich, laut DIW-Studie, im Jahr 2007 zwischen 10,9 Mrd EUR (entschiedene Reform; EU-27: 48,6 Mrd EUR) und 15,7 Mrd EUR (ohne Reform; EU-27: 57,6 Mrd EUR)³⁾. Die Dresdner Bank rechnet für das Jahr 2005 mit 13,7 Mrd EUR an Mehrbedarf (EU-25: 58,1 Mrd EUR). Beide Studien unterstreichen die Notwendigkeit von Reformen.

Ferrer und Emerson (2000) kommen in ihrer Beurteilung der Agenda 2000 zu dem Schluss, dass bei den Verhandlungen zur Agenda 2000 die Interessen der Nettozahler sowie die eigenen nationalen Interessen zu Lasten der ursprünglichen Ziele – die EU auf die Erweiterung und die nächste WTO-Verhandlungsrunde vorzubereiten – durchgesetzt worden seien und somit eine echte Reform der GAP verhindert wurde. Die Folge davon sei der zunehmende Konflikt über die EU-Budgetverteilung, in dessen Zentrum die GAP steht. Deshalb sei es unabdingbar, die GAP rasch zu reformieren und zwar vor einer Erweiterung.

Lukas und Pöschl (2000) hingegen erscheint eine sofortige Integration der Beitrittsländer in die GAP, wie im März 2000 von EU-Kommissar Fischler vorgeschlagen, sinnvoll, da einerseits die Kontrollmechanismen unmittelbar greifen und andererseits die Gesundheits- und Umweltauflagen von den beitretenden Ländern vor einer kompletten Marktliberalisierung erfüllt werden müssen. Durch diese nicht tarifmäßigen Barrieren werden Übergangsfristen für die beitretenden Länder notwendig sein. Letztendlich bedeutet dies, dass die EU die Agrarproduktion in den neuen Mitgliedstaaten sowie den Import von Agrarprodukten aus diesen Ländern kontrolliert und somit einen ruinösen

1 Die Agrarleitlinie begrenzt die jährlichen Agrarausgaben nach oben und wird von der EK für das jeweilige Haushaltsjahr anlässlich der Vorlage des Haushaltsvorentwurfs festgelegt. In der Agenda 2000 wurde sie mit 74% des BSP-Anstiegs festgesetzt.

2 Die EAGFL-Garantie setzt sich aus der reinen Marktpolitik (Interventionspreise, Kontingentierung, etc.), den Direktzahlungen sowie der Finanzierung der „zweiten Säule“ der GAP (die „zweite Säule“ der GAP umfasst Ausgaben für ländliche Entwicklung und „flankierende Maßnahmen“ wie etwa Vorruhestand, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, etc.) zusammen.

3 Die Gesamtkosten der internen Politiken belaufen sich auf 0,06% des BIP der EU-27 entschiedene Reform; EU-27: 5,6 Mrd EUR ohne Reform; EU-27: 6,4 Mrd EUR.

Preiswettbewerb verhindert. Schlüssel für eine rasche, relativ reibungslose Anpassung ist das Ausmaß der Direktzahlungen in die neuen Mitgliedstaaten.

7.3 Auswirkungen auf Österreich

Die Erweiterung der EU um die zentral- und osteuropäischen Kandidatenländer bringt für das österreichische Budget die unterschiedlichsten, teilweise gegenläufigen Effekte mit sich. So werden durch gesteigerte Exporte sowie ein erhöhtes Wirtschaftswachstum von Nitsche kumuliert höhere Einnahmen in der Größenordnung von 0,4% des BIP erwartet. Gleichzeitig könnten im Zuge der Liberalisierung der Tabakeinfuhr die indirekten Steuern im Ausmaß von 0,2 bis 0,3% des BIP niedriger ausfallen. Damit wäre der Nettoeffekt für das österreichische Budget mit zusätzlichen Einnahmen von 0,1% des BIP leicht positiv. Da die EU eine Anhebung der Mindeststeuer auf Tabak plant, könnte der Entgang dieser speziellen Einnahmen deutlich geringer ausfallen. Auf diese Weise würde sich ein deutlich positiverer Nettoeffekt der EU-Erweiterung auf das Bundesbudget realisieren.

Der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget könnte sich allerdings laut einer Schätzung einer Arbeitsgruppe von EU-Finanzministerien mittelfristig um bis zu 0,3% des BIP erhöhen (Nitsche, 2001a). Diese Schätzung basiert auf der Annahme des Beitritts von zwölf Kandidatenländern und deren vollständiger Einbeziehung in die GAP.

Gemäß dem Ausgabenprofil des EK-Vorschlags (2002) würde der österreichische Anteil (2,2%) am EU-Budget (EU-25) einen zusätzlichen Aufwand für den Zeitraum 2004 bis 2006 von etwa 670 Mio EUR erfahren (ohne Berücksichtigung der Senkung der Heranführungshilfen nach dem Beitritt). Die in der Agenda 2000 (1999) festgelegten Obergrenzen werden unterschritten. Der österreichische Beitrag sinkt gegenüber Berlin um insgesamt 90 Mio EUR im Zeitraum 2004 bis 2006 (Agenda 2000: zusätzlicher österreichischer Aufwand beträgt 760 Mio EUR).

Die agrarischen Hauptinteressen Österreichs in den Beitrittsverhandlungen liegen in der Erhaltung der nationalen Quoten und Referenzmengen (Getreide, Zucker, Milch, Rinder), der obligatorischen Flächenstilllegung sowie der bestehenden Interventionsmechanismen (Getreide, Milch, Rindfleisch). Die volle Übernahme der EU-Standards und wirksame Kontrollen in den Bereichen Veterinärwesen, Hygiene, Gesundheitsschutz, Qualität der Erzeugnisse, Umwelt- und Tierschutz sind unerlässlich.

Eine komplette Liberalisierung in der Landwirtschaft würde laut Lukas und Pöschl (2000) für die beitretenden Länder Schwierigkeiten, für die derzeitigen EU-Länder jedoch, im Speziellen für die angrenzenden Länder wie Österreich, erhebliche Chancen bergen. Die Möglichkeit zu Investitionen, Know-how-Transfer und verstärkter Marktpräsenz bietet vor allem für Österreichs Nahrungsmittelindustrie und deren Zulieferer enormes Potenzial.

Laut Schneider (2001) wird die Marktöffnung gegenüber den Beitrittsländern aus Zentral- und Osteuropa zu vermehrten Importen führen. Zugleich verschafft die Erweiterung den heimischen Produzenten neue Absatzchancen, die sich allerdings nicht längerfristig halten werden. Erschwerend wirken langfristig die ähnlichen natürlichen Verhältnisse der benachbarten Beitrittsländer.

Im Gegensatz zur landwirtschaftlichen Urproduktion sind, so Schneider, für die österreichische Nahrungsmittelindustrie eher Vorteile zu erwarten. Der freie Zugang zu preiswerteren agrarischen Rohstoffen sowie die Nachfrage nach qualitativ hochwertig verarbeiteten Nahrungsmitteln sollten sich positiv auswirken. Wettbewerbsverzerrungen sollten allerdings durch eine asynchrone Öffnung der Märkte auf Grund von Übergangsfristen entstehen. Schneider kommt zu dem Schluss, dass die Erweiterung aus heutiger Sicht für die Land- und Forstwirtschaft aller Bundesländer per Saldo mehr Nachteile und Risiken als Vorteile und Chancen bringen wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass alle Schätzungen zu den budgetären Kosten der EU-Erweiterung für das österreichische Budget von Größenordnungen unter $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt des BIP ausgehen.

Literaturverzeichnis

Zu Kapitel 2:

Wachstums- und Wohlfahrtseffekte der EU-Osterweiterung

- Allen, C., Gasiorek, M. Smith, A. (1998).** European Single Market, How the Programme has Fostered Competition. *Economic Policy*, Oktober, 439–486.
- Baldwin, R. E. (1993).** On the Measurement of Dynamic Effects of Integration. *Empirica* 20, 129–145.
- Baldwin, R. E., Francois, J. F., Portes, F. (1997).** The Costs and Benefits of Eastern Enlargement: The Impact on the EU and Central Europe. *Economic Policy*, April, 127–176.
- Baldwin, R. E., Venables, A. J. (1995).** Regional Economic Integration. In: Grossman, G. M., Rogoff, K. (Hrsg.). *Handbook of International Economics*, Volume III, Amsterdam, North Holland, 1597–1644.
- Breuss, F. (1992).** Statistische und Dynamische Effekte der bisherigen Europaintegration Österreichs. Working Paper Nr. 50, WIFO, Wien.
- Breuss, F. (2001).** Macroeconomic Effects of EU Enlargement for Old and New Members. Working Paper Nr. 143, WIFO, Wien.
- Breuss, F. (2002).** Kosten der Nicht-Erweiterung der EU für Österreich. WIFO, Wien.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1995).** Ostöffnung und Osterweiterung der EU. Monatsberichte Nr. 2, WIFO, Wien.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1998).** Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich. Monatsberichte Nr. 11, WIFO, Wien.
- Crespo-Cuaresma, J., Dimitz, M. A., Ritzberger-Grünwald, D. (2001).** Growth, Convergence and EU Membership. Mimeo. Oesterreichische Nationalbank, Wien.
- Europäische Kommission (2001).** The Economic Impact of Enlargement. Enlargement Paper Nr. 4, Directorate General for Economic and Financial Affairs, Brüssel.
- Europäische Kommission (2001).** Regular Reports 2001.
<http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/index.htm>
- Fidrmuc, J., Nowotny, T. (2000).** The Effects of the EU's Eastern European Enlargement on Austria – Austria's Specific Position. Focus on Transition, Heft 5, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 100–131.
- Frankel, J. A., Romer, D. (1999).** Does Trade Cause Growth? *American Economic Review*, 89 (3) Juni, 379–399.
- Gasiorek, M., Smith, A., Venables, A. J. (1994).** Modelling the Effect of Central and East European Trade on the European Community. *European Economy* 6, 519–538.
- Hamilton, C. B., Winters, A. L. (1992).** Opening up International Trade with Eastern Europe. *Economic Policy*, April, 78–115.

- Inotai, A. (1999).** Die beitrittswilligen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union – Ungarn auf dem Vormarsch. In: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Österreichs Außenwirtschaft, Jahrbuch 1998/1999. Wien, 205–216.
- Keuschnigg, C. (1996).** Ausbildung, Strukturwandel und Handel mit Osteuropa. In: Holzmann, R., Neck, R. (Hrsg.). Ostöffnung: Wirtschaftliche Folgen für Österreich. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 237–281.
- Keuschnigg, C., Kohler, W. (1996).** Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications. *Economic Policy* 22, 155–211.
- Keuschnigg, C., Kohler, W. (1997).** Eastern Enlargement of the EU: How Much is it for Austria? Working Paper 9723. Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Volkswirtschaftslehre.
- Keuschnigg, C., Kohler, W. (2000).** An Incumbent View on Eastern Enlargement of the EU. Part II: The Austrian Case. *Empirica* 28, 159–185.
- Kohler, W. (2000).** Wer gewinnt, wer verliert durch die Osterweiterung der EU? In: Hoffmann, L. (Hrsg.). Jahrestagung 1999: Erweiterung der EU, Schriften des Vereins für Socialpolitik, 2000, 27–77.
- Neck, R., Haber, G., MacKibbin, W. J. (2000).** Macroeconomic Impacts of European Union Membership of Central and Eastern European Economies. *Atlantic Economic Journal* 28(1), 71–82.
- Lejour, A. M., de Mooij, R. A., Nahuis, R. (2001).** EU Enlargement: Economic Implications for Countries and Industries. Working Paper 585, CESifo, München.
- Schneider, F. (2002).** Die bevorstehende EU-Osterweiterung: Positive und negative Integrationseffekte für (Ober-) Österreich aus volkswirtschaftlicher Sicht. Johannes Kepler Universität, Linz.
- Smith, A., Venables, A. J. (1988).** Completing the Internal Market in the European Community. *European Economic Review* 32, 1501–1525.
- Viner, J. (1950).** The Customs Union Issue. Carnegie Endowment for International Peace, New York.

Zu Kapitel 3:

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Handelsbeziehungen

- Aturupane, C., Djankov, S., Hoekman, B. (1999).** Horizontal and Vertical Intra-Industry Trade Between Eastern Europe and the European Union. *Weltwirtschaftliches Archiv* 135 (1), 62–81.
- Baldwin, R. E., Francois, J. F., Portes, R. (1997).** The Costs and Benefits of Eastern Enlargement: The Impact on the EU and Central Europe. *Economic Policy*, April, 127–176.
- Breuss, F. (2001).** Macroeconomic Effects of EU Enlargement for Old and New Members. Working Paper Nr. 143, WIFO, Wien.
- Europäische Kommission (2001).** The Economic Impact of Enlargement. Enlargement Paper Nr. 4, Directorate General for Economic and Financial Affairs, Brüssel.
- Fidrmuc, J. (2001).** Intraindustry Trade between the EU and the CEECs: The Evidence of the First Decade of Transition. *Focus on Transition*, Heft 1, Oesterreichische Nationalbank, Wien, 65–78.
- Fidrmuc, J., Huber, P., Michalek, J. J. (2001).** Poland's Accession to the European Union, Demand for Protection of Selected Sensitive Products. *MOCT/MOST* Vol. 11, Nr. 1, 47–70.
- Grossmann, G. M., Helpman, E. (1994).** Protection for Sale. *American Economic Review* Vol. 84, Nr. 4, 833–850.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1995).** Ostöffnung und Osterweiterung der EU. Monatsberichte Nr. 2, WIFO, Wien.
- Kohler, W. (2000).** Wer gewinnt, wer verliert durch die Osterweiterung der EU? In: Hoffmann, L. (Hrsg.). Jahrestagung 1999, Schriften des Vereins für Socialpolitik 274, 27–77.
- Neven, D. J. (1995).** Trade Liberalisation with Eastern Nations: Some Distribution Issues. *European Economic Review* 39, 622–632.

Zu Kapitel 4:

Kapitalverkehrsliberalisierung, finanzielle Deregulierung und Finanzmarktstabilität

- Altzinger, W., Bellak, C. (2000).** The Impact of Direct and Indirect FDI in Eastern Europe on Austrian Trade and Employment. In: Narula, R. Essays in Macroeconomics and Trade. Festschrift für Peter Gray, (forthcoming).
- Altzinger, W. (1998).** The Impact of Austria's Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe on the Domestic Economy. In: Pichelmann, K. The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union, Institut für Höhere Studien, Wien.
- Baldwin, R. E., Francois, J. F., Portes, R. (1997).** The Costs and Benefits of Eastern Enlargement: The Impact on the EU and Central Europe. *Economic Policy* (24), 127–176.
- Bartolini, L., Symansky, S. (1995).** Macroeconomic Effects on Western Europe of the Opening Up of Eastern Europe: Some Empirical Results. In: Fontenay, P. de, Gomel, G., Hochreiter, E. (Hrsg.). *Western Europe in Transition: The Impact of the Opening Up of Eastern Europe and the Former Soviet Union*. Banca d'Italia, IWF, Oesterreichische Nationalbank, Washington, 15–47.
- Benoit, A., Schantl, C., Weyringer, J. (2001).** Competition between Western and Eastern European Equity Markets. In: Schröder, M. (Hrsg.). *The New Capital Markets in Central and Eastern Europe*. Springer Verlag, Berlin, 483–501.
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck, F. (1994).** Österreich in der Europäischen Union – Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren. *Monatsberichte, Sonderheft, Mai*, WIFO Wien.
- Brenton, P., Di Mauro, F. (1999).** Economic Integration and FDI. *Empirica* (26).
- Buch, C. M. (1999).** Capital Mobility and EU Enlargement. *Weltwirtschaftliches Archiv* 135(4).
- Buch, C. M., Piazzolo, D. (2000).** Capital and Trade Flows in Europe and the Impact of Enlargement. Kiel Working Paper Nr. 1001.
- Buch, C. M., Heinrich, R. P., Pierdzioch, C. (1999).** Foreign Capital and the Transformation Process – Risk and Benefits of Free Capital Flows. *Kiel Study*, 295.
- Demirgüç-Kunt, A., Detragiache, E. (1998).** Financial Liberalization and Financial Fragility. IWF Working Paper Nr. 98/83.
- DG EcFin (2000).** Arrangements Applicable to Capital Movements in the Accession Countries. DG EcFin Working Document, Ecfm-696/2000.
- DG EcFin (2001).** The Economic Impact of Enlargement. Enlargement Papers, European Communities.
- Eichengreen, B., Ghironi, F. (2001).** EMU and Enlargement. Paper prepared for the Conference on Economic and Monetary Union, Brüssel, 21./22. März, DG EcFin.
- Edwards, S. (2001).** Capital Mobility and Economic Performance: Are Emerging Economies Different? NBER Working Paper Nr. 8076.
- Ems, E. (2000).** Capital Controls in View of Accession. Mimeo, DG EcFin.
- Garibaldi, P., Mora, N., Sahay, R., Zettelmeyer, J. (1999).** What Moves Capital to Transition Economies? Mimeo, IWF, Washington.
- Keuschnigg, C., Kohler, W. (2000).** Eastern Enlargement of the European Union: A Dynamic General Equilibrium Perspective. In: Harrison, G. W., Jensen, S. E. H., Pedersen, L. H. (Hrsg.). *Using Dynamic Equilibrium Models for Policy Analysis*. Kapitel 5, Elsevier Science B.V.
- Klein, M., Olivei, G. (1999).** Capital Account Liberalization, Financial Depth, and Economic Growth. NBER Working Paper 7384.
- Kohler, W. (1999).** Die Osterweiterung der EU aus Sicht bestehender Mitgliedsländer: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Band 1, 2000, Heft 2.

- Lankes, H. (1999).** Obstacles On the Way to Accession: The Investment Challenge. In: Hoffmann, L. Erweiterung der EU. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 274, Duncker & Humboldt, 103–128, Berlin.
- Lankes, H., Stern, N. (1997).** Capital Flows to Eastern Europe and the Former Soviet Union. EBRD Working Paper Nr. 27.
- Lannoo, K. (2001).** Financial Sector Regulation in CEEC and EU Accession. In: Caesar, R. und Heinemann, F. EU-Osterweiterung und Finanzmärkte. ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 57, 163–182.
- Levine, R. (1997).** Financial Development and Economic Growth: Views and Agenda. Journal of Economic Literature 35(2).
- Lipschitz, L. J., Mourmouras, A. T. (2001).** Capital Flows to Transition Economies: Servant or Master. IWF Working Paper.
- Neck, R., Schäfer, G. (1996).** Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen westlicher Kredite an die Reformländer. In: Holzmann, R. Neck, R. (Hrsg.). Ostöffnung: Wirtschaftliche Folgen für Österreich. Manz, 155–192.
- Obersteiner, E. (1999).** Neue Herausforderungen auf Finanzmärkten: Die strategische Positionierung der Wiener Börse in einer Ära des Umbruchs. In: Fraunwallner, E., Handler, H. Der Unternehmer und die Banken. Neue Herausforderungen auf Finanzmärkten. Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Sektion Wirtschaftspolitik, Wien.
- Schröder, M. (2001).** Zustand und Perspektiven osteuropäischer Aktienmärkte. In: Caesar, R., Heinemann, F. EU-Osterweiterung und Finanzmärkte. ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 57, 255–270.
- Sinn, H. W., Weichenrieder, A. (1997).** Foreign Direct Investment, Political Resentment and the Privatization Process in Eastern Europe. CES Working Paper Series 129, Center for Economic Studies, München.
- Tison, M. (1999).** Harmonisation and Legal Transplantation of EU Banking Supervisory Rules to Transitional Economies. A Legal Approach. Financial Law Institute, Universität Gent. Working Paper 12.

Zu Kapitel 5:

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt

- Alecke, B., Huber, P., Untiedt, G. (2000).** What a Difference a Constant Makes – How Predictable are International Migration Flows? In: OECD, op. cit.
- Barro, R., Sala-i-Martin, X. (1995).** Economic Growth, McGraw-Hill, New York.
- Biffi, G., Hanika, A. (1998).** Langfristige Prognose des Arbeitskräfteangebotes. Monatsberichte, WIFO, Nr. 6, Wien.
- Brücker, H., Boeri, T. (2000).** The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Wages in the EU Member States. European Integration Consortium, Berlin und Mailand.
- Fassmann, H., Hintermann, C. (1997).** Migrationspotential Ostmitteleuropa. ISR Forschungsbericht 15, Wien.
- Fassmann, H., Münz, R. (1996).** Die „neue“ Ost-West-Wanderung als Folge der Ostöffnung: Bestimmungsfaktoren, Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen. In: Holzmann, R. Neck, R. (Hrsg.): Ostöffnung: Wirtschaftliche Folgen für Österreich. Manz, Wien, 9–35.
- Fertig, M. (2001).** The Economic Impact of EU-Enlargement: Assessing the Migration Potential. Empirical Economics, Springer.
- Hofer, H. (1998).** The Impact of Emigration on Host Country's Wage and Unemployment. In: The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union. Institut für Höhere Studien, Wien.
- Huber, P., Hofer, H. (2001).** Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt. Teilprojekt 9 im Rahmen des Preparity-Projekts, WIFO, Institut für Höhere Studien, Wien.
- Holzmann, R., Neck, R. (1996).** Ostöffnung. Wirtschaftliche Folgen für Österreich. Manz, Wien.